

Hans-Peter Behrens

Haushaltsrede für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Dienstag 1. März 2010

Sehr geehrter Herr Landrat Bäuerle,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,
sehr geehrte Damen und Herren,

Seit der Beratung des vorangegangenen Haushaltes hat sich einiges an den Rahmenbedingungen getan. Folgende Veränderungen halten wir für prägend:

Der Haushalt 2011 ist ein klarer Sparhaushalt, nachdem der Haushalt 2010 aufgrund der drohenden finanziellen Engpässe bereits während des Haushaltsjahres extrem heruntergefahren wurde. Die eingesparten ca. fünf Millionen Euro kommen dem diesjährigen Haushalt zugute. Dennoch fehlt es an Finanzmitteln.

In 2011 haben wir seit Jahren die erste Netto-Neuverschuldung zu verzeichnen. Zumindest steht dies so im Haushaltsplan. Ich weiß nicht, wie manche meiner Vorredner von einer Rückführung der Verschuldung sprechen können. Und wir haben einen unvermindert hohen Schuldenstand von über 70 Millionen Euro.

Der Landkreis muss immer mehr Aufgaben schultern: Die Jugendhilfe aus Rastatt, ÖPNV Linien von Gaggenau, erhöhten Schüler-Beförderungsbedarf durch die Werkrealschule und Ganztagschulen, steigende Anforderungen an die Schulsozialarbeit, usw.

In den vergangenen Jahren wurden im Schnitt jährlich ungefähr 10 Personalstellen eingespart. Wir haben dies immer mitgetragen. Die Grenze dieser Einsparmöglichkeiten beim Personal scheint aus unserer Sicht spätestens jetzt erreicht, da die organisatorischen Verbesserungen ausgereizt sein dürften. Weitere Einsparungen würden die Grenze der Zumutbarkeit an die Belegschaft unserer Ansicht nach überschreiten.

Der ÖPNV soll bis 2012 erheblich reduziert werden. Wir sind grundsätzlich dazu bereit, aufgrund von Fahrgasterhebungen und neuen Erkenntnissen auch Linien zu kürzen oder in Anruflinientaxis (ALT) umzuwandeln. Mit einer strukturellen Schwächung des ÖPNV sind wir allerdings nicht einverstanden. Bei den anstehenden Herausforderungen im ÖPNV muss man auch Bedenken, dass wir in den vergangenen Jahren die Haushaltsmittel erheblich heruntergefahren hatten.

Im Haushalt ist nicht nur eine erhöhte Planungsrate, sondern auch eine erste Position für die Umsetzung des Airparksanschlusses an die Autobahn enthalten.

Unsere Sicht des Haushaltes wird auch durch Dinge geprägt, die sich nicht verändert haben/sich nicht verändern sollen:

Z.B. die Höhe der Kreisumlage.

Den Zuschuss zum Flugplatz in Höhe von 370.700 Euro.

Die Unterfinanzierung staatlicher Aufgaben durch die Verwaltungsreform und anderer durch Land und Bund veranlasster Aufgaben. Aktuelles Beispiel sind die Auswirkungen durch die Werkrealschulen. Die Sicherstellung der kommunalen Finanzen und die Einhaltung des Konnexitätsprinzips durch Bund und Land - egal wer in Stuttgart nach dem 27. März regiert – sind weiterhin eine wesentliche Forderung von uns.

Die aktuelle Wirtschaftskrise scheint zwar ausgestanden, die Strukturen, die die Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelöst haben, sind aber fast alle noch vorhanden. Wirtschaftsexperten warnen bereits vor der nächsten Krise. Insofern sehen wir die mittelfristige Finanzplanung kritisch. Natürlich auch aufgrund des Wissens, dass noch weitere Kosten auf uns zukommen, z.B. für die Ersatzbeschaffung von Stadtbahnwagen.

Wenn man das Geschehen in der Welt genau beobachtet bemerkt man, wie im Augenblick aufgrund dieser „kleinen“ Libyen-Krise, welche sich auf den Ölmarkt eigentlich nicht auswirkt, der Ölpreis trotzdem explodiert. Und diese Explosion des Ölpreises könnte wieder eine neue Krise auslösen. Diese habe heute der Deutschlandfunk bestätigt.

Unser Resümee aus diesen Konstanten und Veränderungen

Die Einnahmesituation hat sich seit dem Aufbau dieses Haushaltes im Herbst zwar deutlich verbessert. Wir halten den vorliegenden Haushalt dennoch für unterfinanziert, die Abschreibung wird nicht erwirtschaftet, die Verschuldung wird auf- statt abgebaut, die Rücklage wird aufgelöst. Die Mittelkürzungen in manchen Bereichen erreichen die Schmerzgrenze.

Wie bei allen Fastenkuren fürchten wir, dass in Folge der Sparhaushalte 2010 und 2011 ein Jojo-Effekt eintreten wird, der in den Folgehaushalten zu einem erheblichen Nachholbedarf führt. Deshalb halten wir eine um einen Prozentpunkt höhere Kreisumlage für angemessen, um diese Situation zu entschärfen und die Folgehaushalte zu entlasten. Auf einen vorigen Einwurf einer anderen Fraktion: Es hat sich eine Lage verändert. Wir halten es nicht für seriös, Finanzprobleme in die Folgejahre zu verschieben.

Steuergelder, die direkt oder indirekt in die Infrastruktur des Flugplatzes fließen, kommen nur einem kleinen Teil der Bevölkerung zugute. Unabhängig von unserer grundsätzlichen Haltung zu solchen Subventionen finden wir: Eine derart klamme Haushaltssituation verträgt sich wirklich nicht mit derartigen Ausgaben. Deshalb sind wir dafür, dass diese Mittel zum Beispiel den Schulen, dem Radwegebau, den Ausbildungsstellen und dem ÖPNV zugute kommen sollen. Der Flugplatz muss sich an der permanenten „Steigflugmeldungen“ selbst tragen. Deshalb stellen wir den Antrag zu prüfen, ob der Vertrag mit der Beteiligungsgesellschaft einen vorzeitigen Ausstieg aus dem Vertrag zulässt. Diese Fragestellung wurde in der Antwort zu unserem letztjährigen Antrag nicht geklärt. Wir beantragen hier eine Konkretisierung.

Da die anderen Kreistagsfraktionen im Vorfeld dieser Sitzung ihre Zustimmung zum Haushalt signalisiert hatten, kennen wir die Mehrheitsverhältnisse für diese Abstimmung und verzichten darauf, Anträge zur Kreisumlage und zum Haushalt zu stellen. Wir sind für die soeben skizzierten Vorgehensweisen und können deshalb dem vorgelegten Haushalt und der Kreisumlage nicht zustimmen.

Diese von der Mehrheit des Kreistags abweichende Haltung ist kein Landtagswahlkampf. Wie sie gerne in den vergangenen Haushaltsreden nachvollziehen können, wurden viele der heutigen Kritikpunkte dort bereits angesprochen. In der Summe aller genannter Aspekte ist es den veränderten Rahmenbedingungen geschuldet, dass wir dieses mal dem Kreishaushalt nicht zustimmen. Die offensichtlich wahlkampfaktischen Angriffe auf unsere Fraktion seitens der CDU-Fraktion weisen uns allerdings eine hohe Bedeutung in diesem Wahlkampf zu. Ich danke für die Wertschätzung. Zum Länderfinanzausgleich gäbe es viel zu sagen, auch wie man solch ein Thema klären könnte. Aber ich denke, dass dies hier nicht der richtige Ort dafür ist.

Dem Haushalt des Abfallwirtschaftbetriebes stimmen wir zu. Bezüglich der Presseberichte bitten wir um Darstellung der aktuellen Situation und Auswirkungen bei der Bioabfallbehandlung ab April 2013.

Bei der Auflistung der Dinge, die sich nicht geändert haben, möchten wir noch anführen, dass die Aufstellung des Haushaltes durch das Landratsamt, insbesondere durch den neuen Kämmerer, auch in dieser schwierigen Situation vorbildlich geleistet wurde. Wir bedanken uns herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes für die geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit. Ebenso bedanken wir uns bei allen Kolleginnen und Kollegen des Kreistags für die konstruktive Zusammenarbeit.